

STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:
Tel.: 0 62 21 - 519 56 00
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadtreaktion@rnz.de

SO GESEHEN

Und jährlich grüßt das Murmeltier. Wieder wird in Heidelberg pünktlich zu Neujahr ein Feuerwerksverbot in der Innenstadt gefordert. War es letztes Jahr Erik Bertram für die Altstadt-CDU, plädiert jetzt Karin Werner-Jensen als Chefin des Vereins Alt-Heidelberg dafür. Bertram hatte damals in der Silvesternacht „rivalisierende Clans“ ausgemacht, die sich mit Raketen beschossen hätten, er sah „Szenen wie auf dem Schlachtfeld“. Diese Sichtweise hatte der CDU-Mann, der zufällig auch Schriftführer bei Alt-Heidelberg ist, allerdings exklusiv – die Polizei konnte nichts davon bestätigen. Die „Böllergewalt“ an Silvester habe im Vergleich zu früher nicht zugenommen, sagte ein Sprecher an Neujahr 2019.

Karin Werner-Jensen argumentiert nun mit den Schäden an Altstadt-Häusern und führt das Beispiel einer Familie an, bei denen ein Böller eine Fensterscheibe zerstört habe. Die ehemalige SPD-Stadträtin eskalierte das Thema gleich nach ganz oben – und schrieb einen Brief an den Oberbürgermeister, das Böllern solle nun verboten werden. Doch auch hier konnte die Polizei auf unsere Nachfrage hin nur beruhigen: Eine Flut an solchen Sachbeschädigungen gab es in der Silvesternacht nicht.

Häufig ist es eben keine gute Idee, die eigenen, ganz individuellen Eindrücke zu verallgemeinern – und daraus gleich eine Verbotsforderung abzuleiten. Mehr Gewicht hat für mich die Meinung der Profis von Feuerwehr und Polizei. Sehen diese einen Handlungsbedarf, muss die Kommunalpolitik aktiv werden.

Ich wünsche Ihnen ein gesundes und glückliches neues Jahr,

Ihr Sebastian Riemer



Millys Krankheit wird jetzt erforscht

Projekte in Tübingen und Chicago zum gestörten Eisenhaushalt in den Hirnzellen – „Millys Mission“ sammelt weiterhin Geld

Von Birgit Sommer

Milly ist jetzt gut drauf, findet ihr Vater: „Wenn morgens um sieben Uhr der Schulbus zur Martinsschule in Ladenburg kommt, jauchzt sie. Schule – das findet sie super.“ Die Eltern, Rebecca und Markus Nielbock, spüren das. Sprechen kann die Siebenjährige nicht mit ihnen. Sie ist schwerbehindert und schwer pflegebedürftig. Die Diagnose stellte das Universitätsklinikum erst vor knapp drei Jahren. Emilia, genannt Milly, leidet an BPAN (Beta-Propeller-Protein-assoziierte Neurodegeneration). Das ist eine seltene neurodegenerative Erkrankung, hervorgerufen von einem Defekt des Gens WDR45 auf dem X-Chromosom. In Deutschland gibt es vielleicht 30 Kinder und Erwachsene mit BPAN.

Seit die Eltern herausgefunden haben, woran ihre Tochter leidet, kämpfen sie (RNZ vom 12. Januar 2018 und vom 28. Februar 2019). Sie sammeln Geld, um die Forschung voranzutreiben, um die zellulären Ursachen der Krankheit und mögliche Therapien herauszufinden. „Millys Mission“ nennen sie das, und inzwischen ist der Astrophysiker aus dem Stadtteil Rohrbach auch zweiter Vorsitzender des deutschlandweiten Vereins „Hoffnungsbaum“. Zweck dieses Vereins ist die ideelle und finanzielle Förderung der Erforschung und Behandlung von NBIA (Neurodegeneration mit Eisenspeicherung im Gehirn). BPAN gilt als eine Unterform, die im Jahr 2012, als Milly geboren wurde, erstmals beschrieben wurde.

Rund 18 000 Euro kamen bisher bei „Millys Mission“ zusammen. Diese steuerten die Eltern zur Finanzierung



Nur etwa 30 Kinder und Erwachsene leiden an der seltenen Erkrankung BPAN – die siebenjährige Heidelbergerin Milly ist eine von ihnen. Unser Foto zeigt sie mit ihren Eltern Rebecca und Markus Nielbock. Foto: Sonia Epple

eines großen Forschungsprojektes bei Prof. Lena Burbulla will an der Northwestern University in Chicago 18 Monate lang den Zusammenhang zwischen BPAN und dem gestörten Eisenhaushalt in den Hirnzellen näher untersuchen. „Sie will eine interessante Hypothese testen, nach der nicht etwa zu viel Eisen in den Zellen das Gehirn schädigt“, sagt Nielbock. Burbulla gehe davon aus, dass das in Abfallprodukten gefangene Eisen durch den fehlerhaften Autophagieprozess nicht freigegeben werde und so den Zellen nicht zur Verfügung stehe. Autophagie ist ein Selbstreinigungsprozess der Zellen, in dem sie eigene Bestandteile ab-

bauen und verwerten. Also als Ursache möglicherweise eher ein Mangel an bioverfügbarem Eisen, nicht ein Übermaß an schädlichem Eisen?

Die siebenjährige Emilia hat der Forscherin Hautproben geliefert, die im Labor zu Stammzellen und dann in Hirnzellen umgewandelt werden. Auch an in München koordinierten Verlaufsstudien nimmt die kleine Heidelbergerin teil. Zu großen Erkenntnissen kam es da bisher nicht, denn, wie Markus Nielbock weiß: „Es gibt nicht den einen Verlauf bei der Krankheit. Es gibt sogar Fälle, bei denen die Symptome erst im Erwachsenenalter auftreten.“

An der Entschlüsselung der Ursachen von BPAN arbeitet jetzt auch die Tübinger Autophagie-Forscherin Prof. Tassula Proikas-Cezanne im Rahmen eines Sonderforschungsbereiches zusammen mit Kollegen in London und Kopenhagen. Auch sie wird vom Patientennetzwerk „Hoffnungsbaum“ unterstützt; Markus Nielbock will das Fundraising bei diesem Verein noch weiter ausbauen. Die Molekularbiologin, die in Heidelberg studierte, hatte das Gen entdeckt, dessen spontane Mutation eine solch schwerwiegende Krankheit wie BPAN auslöst. Proikas-Cezanne fühlt deshalb eine gewisse Verpflichtung zur Grundlagenforschung und lässt sich durch den persönlichen Kontakt mit Kindern wie Emilia zusätzlich motivieren, wie sie sagt.

Millys Eltern wünschen sich letztlich ein Therapeutikum, das zumindest den Status quo der Behinderungen erhält. Sonst wird sich Millys Zustand in den nächsten Jahren wohl dramatisch verschlechtern. Die Krankheit führt irgendwann zum Verlust kognitiver Fähigkeiten und schließlich zum verfrühten Tod. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit.

Derzeit, meint Markus Nielbock, sei alles ziemlich stabil bei seiner Tochter, denn ein neues Epilepsie-Medikament wirke „so, dass wir damit leben können. Mehr können wir nicht verlangen“. Da Milly nur sitzt und sich nicht bewegen kann, machen die Eltern mit ihr oft Stehtraining, damit sich Sehnen und Muskeln nicht versteifen, die Gelenke beweglich bleiben und der Blutdruck stabil bleibt.

Info: www.millys-mission.de

Radler angefahren und geflüchtet

RNZ. Ein unbekannter Autofahrer hat am Donnerstagmittag, gegen 13.20 Uhr, einen 31-jährigen Radfahrer angefahren und ist anschließend von der Unfallstelle geflüchtet. Der Radler wurde leicht verletzt, am Fahrrad entstand geringfügiger Sachschaden. Der 31-Jährige war auf dem Fahrradweg von der Theodor-Heuss-Brücke kommend in Richtung Bismarckplatz unterwegs, als er bemerkte, dass ein in gleicher Richtung fahrendes Auto geradeaus auf den Neckarstadten fahren wollte und dabei den Radweg kreuzte. Trotz einer Vollbremsung stieß der Radfahrer gegen das Auto.

Der Geschädigte lief zu dem Auto, als dieses plötzlich wegfuhr. Das amtliche Kennzeichen konnte der Geschädigte noch ablesen und der Polizei mitteilen. Die Polizei sucht nun weitere Zeugen. Wer den Vorfall beobachtet hat, wird gebeten, sich beim Polizeirevier Heidelberg-Mitte unter Telefon 06221 / 99-1700 zu melden.

Stift Neuburg: Abt-Neuwahl verzögert sich

Post aus Rom: Noch einmal kann Winfried Schwab die Entscheidung über seine Absetzung prüfen lassen



Winfried Schwab.
Foto: Alex

tt. Kurz nach Weihnachten sah es so aus, als ob am Stift Neuburg das Kapitel um den abgesetzten Abt Winfried abgeschlossen wäre. Denn das Kloster mit, die Amtsenthebung des Abtes sei rechtskräftig. So habe das höchste kirchliche Gericht in Rom, die Apostolische Signatur, vor Weihnachten entschieden. Doch mittlerweile ist das Schriftstück aus Rom bei der Beuroner Kongregation – ein Zusammenschluss von Benediktinerklöstern, zu der die Abtei gehört – eingetroffen. Und demnach könnte Abt Winfried das Verfahren noch einmal vom Kardinalpräfekten der Apostolischen Signatur überprüfen lassen.

Die für den Januar geplante Neuwahl eines Nachfolgers für den Abt ist damit erst einmal hinfällig: „Weil das letzte Siegel fehlt, werden wir aus Respekt vor dem höchsten Gericht mit der Wahl natürlich warten“, erklärte der Abtpräses der Beuroner Kongregation, Albert Schmidt.

Erst wenn die letzte Beschwerde-Instanz entschieden habe, ende das Amt von Abt Winfried, der von März 2016 bis September 2018 dem Kloster vorstand. Und erst danach könne die Gemeinschaft die Nachfolge regeln.

„Ich bin zuversichtlich, dass es sich nicht mehr lange ziehen wird“, so Schmidt.

Nach nur zweieinhalb Jahren im Amt war Schwab nach einer Visitation – einem kirchlichen Aufsichtsverfahren, das alle sechs Jahre stattfindet – abgesetzt worden, weil er die vorgesehenen Gesprächs- und Entscheidungswege innerhalb der Klostergemeinschaft bei der Neustrukturierung der klostereigenen Ökonomie-

sellschaft nicht eingehalten haben soll. Zudem soll er finanzielle Ausgabe-Grenzen nicht beachtet haben. Kleinere Beträge darf der Abt zwar selbst genehmigen, bei größeren Summen braucht er aber die Zustimmung des Ältestenrates des Klosters, aller Mönche, des Abtpräses oder sogar des Vatikans. Seit der Absetzung und bis zur Wahl eines neuen Abtes leitet Prior Ambrosius Leidinger das Kloster.

Bereits im Januar 2019 hatte das zuständige Ministerium des Vatikans die Beschwerde von Schwab gegen seine Absetzung als Klosterprior zurückgewiesen. Das Dekret von Abtpräses Schmidt, mit dem die Amtszeit als Abt von Neuburg beendet worden war, wurde vom Ministerium bestätigt. Daraufhin hatte sich der abgesetzte Abt an den obersten Gerichtshof der römischen Kurie, die Apostolische Signatur, gewandt. Die prüft allerdings nicht inhaltlich, sondern nur den korrekten Ablauf des Verfahrens.

Tiefgarage ist wieder offen

Brandermittler konnten gestern die Arbeit aufnehmen

tt. Für die meisten Mieter, die einen Stellplatz in der Tiefgarage der Emmertsgrundpassage haben, hatte die Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH) am Freitag gute Nachrichten: „Die Haupttrasse der Tiefgarage ist nach Rücksprache mit der Polizei wieder freigegeben, und die Mieter können wieder an ihre Fahrzeuge“, erklärte Prokurist Gerald Kraus gestern gegenüber der RNZ. Nach dem Brand mehrerer Autos am frühen Neujahrsmorgen war die Garage wegen akuter Einsturzgefahr gesperrt worden. Nachdem am Freitagmorgen ein Statiker die Schäden begutachten konnte, wurde die Sperrung des gesamten Parkhauses aufgehoben, die Türen an den Zugängen wieder freigegeben.

Allerdings muss der unmittelbare Bereich des Brandes – er liegt in einem Seitenstrang der Tiefgarage im zweiten Untergeschoss – sowie der darüberliegende Bereich im ersten Untergeschoss noch gesperrt bleiben. „Zu rund 50 von insgesamt 425 Stellplätze ist deshalb kein Zugang möglich“, erklärte Kraus. Hier müssten erst weitere Untersuchungen vorgenommen werden. „Auch der über der Tiefgarage liegende Platz vor den Häusern Emmertsgrundpassage 19 bis 23 bleibt deshalb gesperrt“, so Kraus.

Unterdessen konnten die Ermittler der Polizei ihre Arbeit am Brandort aufnehmen und mit der Suche nach der Brandursache beginnen. Vor Dienstag rechnet ein Polizeisprecher aber nicht mit weiteren Erkenntnissen.

Autofahrer hatte über drei Promille

RNZ. Mit über drei Promille Alkohol im Blut war ein 54-jähriger Autofahrer am Donnerstag kurz nach 17 Uhr im Stadtteil Emmertsgrund unterwegs. Der Fahrer war aufgefallen, als er Schlangenlinien gefahren und mehrfach auf die Gegenfahrbahn geraten war. Nachdem der 54-jährige Fahrer sein Auto im Bereich des Jellinekplatzes geparkt hatte, klingelten Polizisten an seiner Wohnung und nahmen ihn mit aufs Revier, wo der Alkoholtest gemacht wurde. Sein Führerschein wurde beschlagnahmt. Verkehrsteilnehmer, die von dem Autofahrer gefährdet wurden, werden gebeten, sich unter Telefon 06221 / 34180 beim Polizeirevier Süd zu melden.

Parken wird teurer – aber unabhängig vom Geldbeutel

Besserverdienende stärker zu belasten, sieht die Stadt kritisch – Anwohnerparken könnte bald mehr kosten

Von Jonas Labrenz

Höhere Parkgebühren für Besserverdienende, sich flexibel nach Andrang ändernde Preise an Parkscheinautomaten und bis zu 200 Euro im Jahr für einen Anwohnerparkausweis: Was klingt wie von der „Giftliste“, die die hiesigen Grünen nach der Kommunalwahl ankündigten, stammt tatsächlich vom Verband der Automobilindustrie (VDA). Mit seinem kürzlich vorgelegten Konzept will der VDA das Parken in Städten neu organisieren. Und was hält die Stadt von den Ideen? Die RNZ hat nachgefragt.

■ **Wird der Anwohnerparkausweis bald teurer?** Der Preis für den Anwohnerparkausweis besteht aktuell ausschließlich aus einer Verwaltungsgebühr. Einer Erhöhung dieser Gebühr steht man in Heidelberg positiv gegenüber: „Das würden wir begrüßen“, erklärt eine Stadtsprecherin. Bisher dürfen Kommunen aber nur zwischen etwa zehn und 30 Euro dafür verlangen. In Heidelberg kostet der Ausweis 36 Euro – der erste Bogen mit Besucherkarten für sechs Euro ist inklusive. Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) will zusammen mit Ländern und Kommunen prüfen, ob die obere Grenze neu gesteckt werden könnte.



Wer wann wie wo parken darf und wie viel es kostet – das sorgt regelmäßig für Streit in der Stadt. Unser Foto zeigt Verkehrsschilder in der Friedrich-Ebert-Anlage. Foto: Rothe

200 Euro pro Jahr seien denkbar. Die Grünen hatten in ihrer „Giftliste“ im Juni 2019 sogar gefordert, 504 Euro – so viel wie ein Nahverkehrs-Jobticket – zu verlangen.

„Einer anderen oder zusätzlichen Gebühr stehen wir jedoch kritisch gegenüber“, so die Stadtsprecherin: „Würde diese verlangt, könnte von den Nutzerinnen und Nutzern ein Anspruch auf einen tatsächlich vorhandenen Stellplatz hergeleitet werden.“ Dieser existiert allerdings nicht: Es werden mehr Anwohnerparkausweise ausgegeben, als Stellplätze im Quartier vorhanden sind.

Auch eine entsprechende Begrenzung der Anzahl der Anwohnerparkausweise, um den Anspruch erfüllen zu können und den Preis zu rechtfertigen, sieht die Stadt kritisch. Denn dann stelle sich die Frage nach den Ausgabekriterien, so die Sprecherin: „Welcher Anwohner bekommt einen Anwohnerparkausweis, wer nicht?“

■ **Werden Besserverdienende bald stärker zur Kasse gebeten?** Parkgebühren nach Einkommen zu staffeln – davon hält die Stadt wenig: „Das öffentliche Gut – in diesem Fall öffentlicher Parkraum – ist für alle da, hier dürfen wir keine Unterschiede machen.“ Und selbst wenn, würden organisatorische Fragen aufgeworfen: „Wie

sollte das bemessen und vor allem kontrolliert werden?“, so die Stadtsprecherin.

■ **Wird die Parkgebühr bald für bestimmte Zeiträume kurzfristig angehoben und gesenkt?** Flexible Parkgebühren werden in Heidelberg sicher nicht so bald kommen – wenn überhaupt: „Prinzipiell ist die kurzfristige Erhöhung und Absenkung von Parkpreisen für uns erst nach vollständiger Digitalisierung möglich“, so die Stadtsprecherin. Doch auch hier ist man kritisch: „Nach welchen Kriterien sollten die Parkgebühren im öffentlichen Raum angehoben oder gesenkt werden? Die Nutzerinnen und Nutzer brauchen Verlässlichkeit.“

■ **Was wird sich beim Parken dieses Jahr ändern?** Die Parkgebühren an Parkscheinautomaten sind in diesem Jahr von 1,50 Euro auf 2,10 Euro pro Stunde gestiegen. Ab 2022 kostet eine Stunde drei Euro. Das hat der Gemeinderat im Dezember beschlossen. In diesem Jahr wird auch der Preis von „Besucherkarten“ deutlich erhöht. Was sie in Zukunft kosten werden, steht allerdings noch nicht fest. Die Erhöhung der Parkgebühren dient auch den städtischen Klimaschutzziele: Diese Maßnahme ist Bestandteil des 30-Punkte-Aktionsplans für mehr Klimaschutz.